



Das Format bewahren

Unser Land braucht Sicherheit und keine Brandstifter

Format beweisen wir jeden Tag, Woche um Woche, Monat für Monat. In diesen schwierigen Zeiten, in denen Kräfte am rechten Rand der Gesellschaft erstarken, Flüchtlingsunterkünfte brennen, Menschen bedrängt und angefeindet werden. Einige halten es für ein eigenes Format, Busse zu blockieren, Flüchtlinge zu attackieren oder Flüchtlingsunterkünfte anzuzünden. Das ist ein Irrtum!

Alle Demokratinnen und Demokraten sind gefordert, Haltung einzunehmen. Denn Hetze, Gewalt und Terror gegen Schutzsuchende Menschen betreffen uns alle. Feinde von Rechts bekämpfen nicht nur Flüchtlinge. Sie bekämpfen die Demokratie, das Fundament unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir müssen zusammenstehen und Format beweisen.

Format ist Standhaftigkeit, Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit. Und vor allem Ehrlichkeit. Ich bin froh in einem Land zu leben, in dem Schutzsuchende noch immer ein Dach über dem Kopf und ein faires Verfahren erhalten. Das muss auch so bleiben. Unseren Rechtsstaat, unser Grundgesetz, unsere Grundwerte dürfen wir nicht über Bord werfen. Gerade in diesen Zeiten müssen wir an ihnen festhalten und verteidigen.

Geschlossene deutsche Außengrenzen oder gar die Verteidigung unserer Grenze mit der Schusswaffe können keine Antwort sein. Brandstifter, ob in der Politik oder in der Gesellschaft, helfen nicht weiter. Im Gegenteil, sie schaden niemanden mehr als uns selbst. Wer dies fordert, beweist nur eins: kein Format.

Wir brauchen Sicherheit und einen vernünftigen, ruhigen und sachlichen Umgang mit den Herausforderungen, vor denen wir ohne Zweifel stehen. Der Bundestag hat am 26. Februar das Asylpaket II beschlossen. Die Bundesregierung beweist ihre Handlungsfähigkeit.

Diese ZeitungsEkke, immerhin schon die 26. Ausgabe, hat ein neues Format. Ein bisschen einfacher zu handhaben und ein bisschen ansprechender gestaltet. Ich verspreche Ihnen aber: das bleibt unsere einzige Änderung im Format. Ich, als Ihr Wahlkreisabgeordneter, und mein Team behalten ihr Format. Zuverlässig, ansprechbar und standhaft. Von Format eben.

Ihr

Matthias Schmidt

Asylverfahren werden schneller, Rückführungen leichter



Foto: Karin Zehrer

Für Matthias Schmidt war die Abstimmung über das Asylpaket II keine leichte Entscheidung.

Mehr als eine Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland. In einem einzigen Jahr waren das so viele wie in den letzten 15 Jahren zusammen. Der Bundestag hat am 26. Februar nun einen wichtigen Schritt getan zu mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, zu schnelleren Asylverfahren und einer rascheren Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive

Das „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“, auch Asylpaket II genannt, bündelt verschiedene Maßnahmen: Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung sollen künftig in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, in denen die Asylverfahren in kurzer Zeit abgeschlossen sein sollen. Über den Asylan-

trag entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) innerhalb von einer Woche, Rechtsbehelfsverfahren sollen in zwei Wochen abgeschlossen werden. Diese Regelung betrifft unter anderem Menschen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller, solche, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken oder die aus schwerwiegenden Gründen ausgewiesen worden sind.

Für diesen Personenkreis gilt auch eine Wohnverpflichtung in besonderen Aufnahmeeinrichtungen; daran knüpft die so genannte Residenzpflicht an, d. h. sie dürfen den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde nicht verlassen. Ihre Rückführung soll im Fall der Ablehnung unmittelbar aus der Aufnahmeeinrichtung erfolgen. Wer sich diesem Verfahren verweigert, dem

drohen künftig Sanktionen wie etwa die Einstellung des Asylverfahrens.

Die weitere Regelungen des Gesetzes im Überblick

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird ausgesetzt

Außerdem sieht das Gesetz vor, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ab Inkrafttreten des Gesetzes befristet für zwei Jahre auszusetzen. Aber: Insbesondere für minderjährige Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus kann eine Härtefallprüfung vorgenommen werden. Das Aussetzen des Familiennachzugs gilt zudem nur für die relativ kleine Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten, nicht aber für diejenigen, die als Asylbewerber oder als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden. Für sie bleibt der Familien- und Elternnachzug ohne zweijährigen Aufschub erhalten.

„Die Abstimmung über das Asylpaket II war für alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion eine schwere Entscheidung. Insbesondere die Aussetzung des Familiennachzugs für zwei Jahre ist nicht einfach. Wir konnten aber erreichen, dass sie nur für die kleine Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten gelten wird. Darüber hinaus konnten wir eine Härtefallregelung und die bevorzugte Kontingentaufnahme von Familienmitgliedern durchsetzen,“ so Matthias Schmidt.

„Auch wenn uns am Asylpaket II vieles nicht gefällt, hat die große Mehrheit der SPD-Fraktion dem Kompromiss mit der Union zugestimmt, in der Hoffnung, dass die Maßnahmen die gewünschte Wirkung entfalten und uns helfen, die Asylverfahren weiter zu beschleunigen und Geflüchtete besser unterzubringen, zu versorgen und ihnen Schutz zu geben,“ erläutert Matthias Schmidt seine Zustimmung.

Der Schutz für minderjährige Flüchtlinge in den Unterkünften wird verbessert. Beschäftigte und Ehrenamtliche, die in Kontakt mit Minderjährigen stehen, müssen ab jetzt ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen.

Der Bund wird seine Unterstützung bei der Passersatzbeschaffung intensivieren. Es wird eine neue Organisationseinheit beim Bundespolizeipräsidium eingerichtet, um Heimreisedokumente zu beschaffen. Sie hält stetigen Kontakt mit den Botschaften der Herkunftsstaaten.

Die Rückführung wird erleichtert, wenn medizinische Gründe geltend gemacht werden: Dazu zählt eine Präzisierung der methodischen Anforderungen an Atteste, eine widerlegbare Vermutung für das Fehlen gesundheitlicher Abschiebungshindernisse, eine Pflicht zur unverzüglichen Vorlage (statt Attest „auf Vorrat“) und bei Zweifeln der Behörde Anordnung einer ärztlichen oder amtsärztlichen Untersuchung.

Matthias Schmidt fordert Integrationspaket

Die Koalition wird nun auf Betreiben der SPD ein Integrationspaket erarbeiten, das sich vor allem mit Maßnahmen zur nachhaltigen Integration befasst. Ein Integrationskonzept der SPD liegt vor und fließt in die Beratungen zwischen Bund und Ländern ein.

Matthias Schmidt macht deutlich: „Nach diesem Asylpaket wird es darauf ankommen, die Maßnahmen wirken zu lassen. Weitere Verschärfungen des Asylrechts halten wir nicht für erforderlich.“

Stattdessen geht es jetzt darum, unsere Energie und unser Engagement auf die Reduzierung der Fluchtursachen, eine gemeinsame Asylpolitik in Europa sowie die Förderung der Integration zu konzentrieren. Dazu müssen rasch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Menschen, die neu in unser Land kommen und hier bleiben werden, schnell auf eigenen Beinen stehen können ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein.

Einwanderung ist eine Chance: für unsere Betriebe, die seit Jahren über Nachwuchsprobleme klagen und für unser Rentensystem, das unter dem Druck der älter werdenden Gesellschaft knackt und knirscht.“

Politischer Frühschoppen zur Flüchtlingspolitik

Auch auf europäischer Ebene ist die derzeitige Situation von Geflüchteten das bestimmende Thema. Ein Mittel, um die Situation zu kontrollieren und die Menschen in dem Moment zu registrieren, wenn sie das erste Mal die Europäische Union betreten, ist die Einrichtung von sogenannten Hotspots in Griechenland. Im Frühjahr sollen die ersten Hotspots einsatzbereit sein.

Vom 4. bis 7. April reist Matthias Schmidt nach Griechenland, um sich vor Ort ein Bild der Lage zu machen. Im Rahmen des Politischen Frühschoppens möchte er mit seinen Gästen über die Erfahrungen und die Politik der Bundesregierung diskutieren.

Die Veranstaltung findet statt

**am Sonntag, den 10. April,
ab 10 Uhr,
im Ratskeller Köpenick
(Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin)**

Sie sind herzliche eingeladen.

Kontakt

Wahlkreisbüro Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Sprechstunden mit Matthias Schmidt:

Samstag, 5. März 2016, 10 bis 12 Uhr
Samstag, 2. April 2016, 10 bis 12 Uhr

Wahlkreisbüro Rathaus Friedrichshagen

Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Merkel als inhaftierte Oppositionelle?

Harald Martenstein zu Gast bei Matthias Schmidt



Foto: C. Bertelsmann

Harald Martenstein ist Journalist und Autor.

Der 62-jährige, in Mainz geborene und in Berlin lebende, Harald Martenstein war von 1988 bis 1997 Redakteur beim Tagesspiegel in Berlin. Im Anschluss übernahm er für kurze Zeit die Leitung der Kulturredaktion bei der Abendzeitung in München, kehrte jedoch wenig später als leitender Redakteur zum Tagesspiegel zurück. Hier erscheint an jedem Sonntag seine wöchentliche Kolumne. Als Redakteur und Kolumnist schreibt er über das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben in Deutschland. Seit 2007 hat er zudem eine Radiokolumne bei radioeins. Diese sind auch im Internet als Podcast nachzuhören.

Nun haben Harald Martenstein und Tom

Peuckert unter dem Titel „Schwarzes Gold aus Warnemünde“ ein spannendes Experiment gewagt:

Im Herbst 89 wird nahe der Ostseeküste ein riesiges Ölvorkommen entdeckt. Die DDR überlebt nicht nur – sie ist plötzlich das reichste Land der Welt, reicher als Saudi-Arabien. Doch das schwarze Gold bringt nicht nur Segen.

2015 feiert die DDR 25 Jahre Erdöl-Sozialismus – beneidet von ihren Brüdern und Schwestern im verarmten Westen. Dank ihres Wagemuts und wechselnder Identitäten gelingt zwei Reportern, wovon viele nur träumen: ein Blick hinter die Kullissen. Der Westdeutsche Martenstein und der systemkritische DDR-Bürger Peuckert lernen die Schattenseiten des Imperiums kennen – ganz oben und ganz unten.

Auf Einladung von Matthias Schmidt liest Harald Martenstein

**am Sonntag, den 3. April,
ab 10 Uhr,
in der Freiheit 15
(Freiheit 15, 12555 Berlin).**

aus seinem Buch. Im Anschluss diskutieren Harald Martenstein und Bezirksbürgermeister Oliver Igel mit den Gästen über das Thema „Miteinander von Ost und West“.

Erschienen ist das Buch „Schwarzes Gold aus Warnemünde“ im Aufbau Verlag. Im Handel ist die gebundene Ausgabe für 19,95 € erhältlich.

(K)ein Festival im Treptower Park?

Ein Gastbeitrag von Bezirksstadtrat Rainer Hölmer

Am 10. und 11. September 2016 soll zum zweiten Mal das Lollapalooza Festival stattfinden, ein großes internationales Musik-Festival, das es in Europa bislang nur in Berlin gibt. Herausragende Bands geben hier exklusive Deutschlandkonzerte. Für den Musikstandort Berlin ist das ein wichtiges Ereignis.

Im vergangenen Jahr fand das Festival erstmals in Berlin statt, auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Dieser Veranstaltungsort ist aufgrund der Unterbringung von Geflüchteten trotz bestehender Verträge mit den Festivalveranstaltern nun ausgeschlossen. Dafür werden die meisten Verständnis haben. Mögliche alternative Standorte waren jedoch entweder schon belegt oder infrastrukturell in der Kürze der Zeit nicht erschließbar. Derzeit ist der Treptower Park als letzte verbliebene öffentliche Fläche, die zumindest von ihrer Größe her für das Festival in Frage käme, in der öffentlichen Diskussion.

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick und der Berliner Senat sind sich sehr bewusst, dass der Treptower Park nicht optimal für die Durchführung eines solchen Festivals ist. Die Entscheidung darüber ist aber letztlich auf der Basis des Berliner Grünanlagengesetzes zu treffen. Das bedeutet: Der Park ist eine öffentliche Grünanlage und steht der Allgemeinheit für Freizeit und Erholung zur Verfügung. Eine Nutzungsgenehmigung für öffentliche Veranstaltungen erfolgt durch die zuständige Behörde nur ausnahmsweise, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehören neben

einem grundsätzlichen öffentlichen Interesse an der Veranstaltung u.a. umfassende Schutzmaßnahmen für den Park und seine Vegetation, Maßnahmen zur Einhaltung der maximal zulässigen Lärmwerte, ein belastbares Verkehrskonzept und ein schlüssiges Sicherheitskonzept. Das gilt für alle, die eine Veranstaltung in einer öffentlichen Grünanlage durchführen wollen. Das gilt so und nicht anders auch für Lollapalooza.

Die Veranstalter müssen für alle Maßnahmen aufkommen, die für den Schutz der Grünflächen, der Pflanzen, der Wege und auch des sowjetischen Ehrenmals notwendig sind. Sollte es dennoch zu Schäden kommen, wären auf Kosten des Veranstalters umgehend die erforderlichen Renaturierungs- oder Reparaturmaßnahmen zu ergreifen. Auch die Müllbeseitigung ginge zu Lasten des Veranstalters.

Das Bezirksamt hat den Veranstaltern die verbindlichen Rahmenbedingungen erläutert. Diese zeigten sich auf Grund ihrer Erfahrungen mit Veranstaltungen in innerstädtischen Grünanlagen überzeugt, alle Auflagen erfüllen zu können. Ein entsprechendes Veranstaltungskonzept wurde dem Bezirksamt bis Ostern zugesagt. Ohne dieses Konzept wird das Bezirksamt keine Aussage über die Genehmigungsfähigkeit treffen. Eine leichtfertige Genehmigung kann und wird es nicht geben. Auch das Bezirksamt ist daran interessiert, dass der Treptower Park keinen relevanten Schaden nimmt; nicht durch eine einmalige Veranstaltung und auch nicht durch alltägliche Nutzung!

Demokratie braucht Beteiligung

SPD diskutiert über die sinkende Wahlbeteiligung

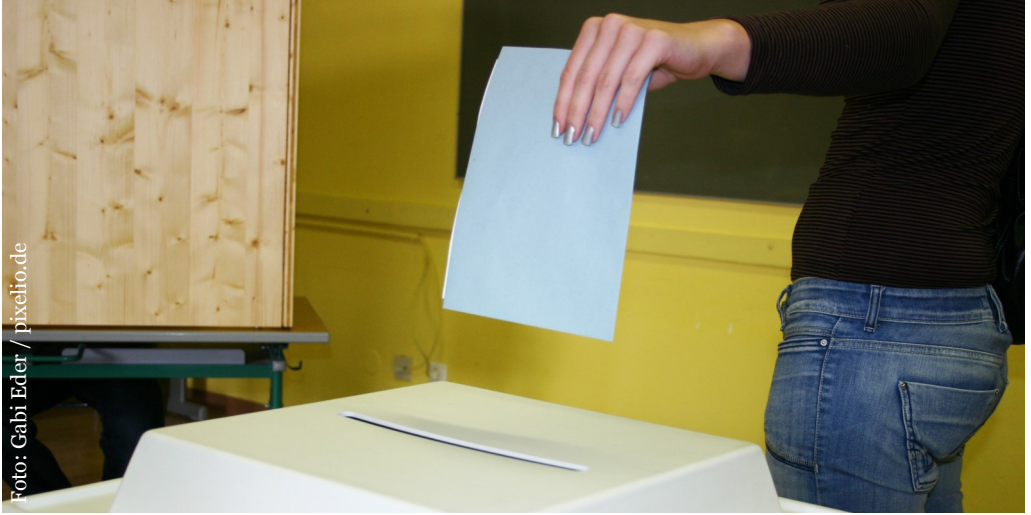


Foto: Gabi Eder / pixelio.de

Immer häufiger wird hier kein Zettel mehr eingeworfen

Die Durchsetzung allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen ist eine der großen historischen Errungenschaften der Moderne. Es ist erst 26 Jahre her, dass die Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick dieses Recht erkämpften.

Dennoch gehen immer weniger Bürgerinnen und Bürger zur Wahl. Warum sinkt die Wahlbeteiligung und was könnte man dagegen tun? Darüber haben SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im SPD-Fraktionssaal in Berlin diskutiert.

Wer einmal wählen geht, tut es immer wieder

Die sinkende Wahlbeteiligung schade der Demokratie, weil Wahlen immer weniger repräsentativ seien und eine immer größere soziale Spaltung aufwiesen, betonte Profes-

sor Robert Vehrkamp in seinem einleitenden Impulsvortrag. Der Direktor des Programms "Zukunft der Demokratie" der Bertelsmann Stiftung kam in seinen Studien zu zwei zentralen Erkenntnissen zu „Nichtwähler-Milieus“: Je geringer das Haushaltseinkommen und der Bildungsstand, desto niedriger sei auch die Wahlbeteiligung. Und: Nichtwählen vererbt sich. Wer aus einem "Nichtwähler-Haushalt" komme, begeistere sich in der Regel auch im Laufe seines Lebens nicht mehr für sein Wahlrecht. Vehrkamp ist überzeugt: Der wichtigste "Hebel" sei daher die Steigerung der Erstwählerbeteiligung. Je früher und je häufiger Erst- und Jungwähler ihre Stimme abgeben, desto höher falle langfristig auch die allgemeine Wahlbeteiligung aus, sagte Vehrkamp mit Verweis auf die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie "Wählen ab 16".

Darüber hinaus nannte er sieben weitere Lösungsstrategien für mehr Wahlbeteili-

gung: eine staatlich finanzierte Haustür-Mobilisierungskampagne speziell für Nichtwähler, eine Reform der Parteienfinanzierung, die Modernisierung der Urnenwahl (hin zu zentralen Wahlregistern und der Option, in jedem Wahllokal wählen gehen zu dürfen), die stärkere Nutzung des Internets und der Potenziale der Briefwahl, eine Zusammenlegung von Wahlterminen und die Vereinfachung des Wahlrechts, damit die Bürgerinnen und Bürger den Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und der letztendlich erteilten Mandate verständlicher nachvollziehen können.

Menschen wieder für Politik und Demokratie begeistern

In der anschließenden Diskussionsrunde warnte Norbert Lammert davor, die abnehmende Wahlbeteiligung weder zu banalisieren noch zu dramatisieren. „Die allermeisten stabilen und älteren Demokratien um uns herum würden sich beglückwünschen, wenn sie die Wahlbeteiligung erreichten, die hierzulande Anlass zur Besorgnis gibt“, gab Lammert zu Bedenken.

Thomas Oppermann entgegnete, er sehe es durchaus mit Sorge, dass die Wahlbeteiligung kontinuierlich sinkt, „weil damit auch die Wertschätzung für unsere Demokratie in Frage steht“. Für ihn sei Wählen "eine demokratische Pflicht". Und für Politik und Demokratie müsse man die Menschen wieder begeistern.

Besorgniserregender sieht Lammert den zu beobachtenden Mitgliederschwund der politischen Parteien. Auf die Frage, ob sich Bürger durch die Volksparteien nicht mehr vertreten fühlten, sagte der Bundestagspräsident: "Jede einfache Erklärung ist falsch oder zumindest unvollständig". Vielmehr seien "Individualisierung von Interessen

und Bedürfnissen" dafür verantwortlich, dass sich Bürger nicht mehr vertreten fühlten.

Einig waren sich beide Parlamentarier in ihrer Ablehnung einer "Wahlpflicht" und in der Einschätzung einig, dass Parteien mit extremistischen Positionen bei einer hohen Wahlbeteiligung weniger Erfolgsaussichten hätten.

Menschen auf Augenhöhe begegnen

„Parteien und Politiker müssen sich mehr den Bürgerinnen und Bürgern öffnen. Gespräche auf Augenhöhe, den Menschen respektvoll begegnen und ihre Anliegen ernst nehmen, das ist mein Verständnis von Politik. Deshalb sind Sprechstunden, Haustürbesuche und zahlreiche thematische Veranstaltungen für mich eine Selbstverständlichkeit.

Meine Erfahrung mit Politikverdrossenheit zeigt, dass dieser Weg Menschen wieder zum politischen Engagement bewegen kann“, sagt Matthias Schmidt.

Was ist Ihre Meinung?

Sollte die Bundesrepublik eine Wahlpflicht für alle Wahlberechtigten einführen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen?

Schicken Sie mir eine Brief, eine Karte oder eine Mail:

Matthias Schmidt, MdB
Ekkehardstraße 1
12437 Berlin

oder

matthias.schmidt@bundestag.de